



## TISCHVORLAGE

### Mitteilung

#### Kreisentwicklungsausschuss

Sitzungsdatum: 10.05.2007

<b>Tagesordnungspunkt</b>	<b>8.1</b>	- öffentlich -
<b>Betreff:</b> <b>Reaktivierung der Bahnstrecke Marienheide-Lüdenscheid-Brügge</b> <b>hier: Sachstandsbericht</b>		

Am 16.01.2007 haben die Landräte des Oberbergischen und des Märkischen Kreises und die Bürgermeister der Städte Gummersbach, Meinerzhagen, Kierspe, Halver, Lüdenscheid und Hagen sowie der Gemeinden Marienheide und Schalksmühle eine gemeinsame Erklärung zur Reaktivierung der SPNV-Strecke Marienheide – Brügge verabschiedet und diese dem MBV NRW zugeleitet („Meinerzhagener Erklärung“). Die Zweckverbände ZRL und VRS sind auf dieser Grundlage mit dem Ziel, die Reaktivierung zu ermöglichen, in Verhandlungen mit dem Land eingetreten.

Am 28.03.2007 hat sich in einer Sitzung bei der Kreisverwaltung Gummersbach der Arbeitskreis zum SPNV-Reaktivierungsvorhaben Gummersbach – Lüdenscheid-Brügge neu konstituiert. Mitglieder sind neben dem Märkischen und dem Oberbergischen Kreis die der Schienenstrecke benachbarten Gemeinden, die DB Netz AG und die SPNV-Zweckverbände ZRL und VRS. Erörtert wurden bisherige Entwicklung und aktueller Stand der Maßnahme einschließlich eines mit der Meinerzhagener Erklärung angestoßenen Busvorlaufbetriebes. Den im Rahmen der „Meinerzhagener Erklärung“ vom 16.01.2007 erörterten Bus-Vorlaufbetrieb erachtet die DB Netz AG nur dann für sinnvoll, wenn zumindest zeitgleich mit der Aufnahme des Busbetriebes die Freigabe der Planungsmittel für das SPNV-Reaktivierungsvorhaben durch das Land erfolgt. Auch dürfe die Gesamtmaßnahme durch die Bildung zusätzlicher Reaktivierungsabschnitte nicht in Frage gestellt werden.

Mit Blick auf die seitens des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg vorzubereitende Ausschreibung des Dieselnetzes für die Zeit nach 2013 wird eine Weiterführung des SPNV-Betriebes über Marienheide hinaus nach Meinerzhagen, später dann nach Brügge/Lüdenscheid angestrebt. Dies erfordert an erster Stelle eine Aufhebung des Mitte 2006 verfügbaren Planungsstopps, um zeitig die Rahmenbedingungen für die

Ausschreibung verbindlich festlegen zu können. Zur Klärung in diesem Zusammenhang wichtiger Fragen fand am 7.5.2007 ein Arbeitsgespräch im MBV NRW statt, bei dem neben dem Ministerium die beiden Zweckverbände, der Märkische und der Oberbergische Kreis vertreten waren. Hierbei wurden vor dem Hintergrund der Novellierung des ÖPNVG NRW und voraussichtlich bereits ab Beginn 2008 größerer Zuständigkeiten der Zweckverbände zeitliche und finanzielle Aspekte der Reaktivierungsmaßnahme erörtert. Die Ministerialverwaltung wird dem Verkehrsminister die diskutierten Aspekte einer Fortsetzung der Reaktivierungsmaßnahme und hier insbesondere einer Aufhebung des Planungsstopps vortragen.

gez.

---

Hagen Jobi  
-Landrat-

gez.

---

Volker Dürr  
-Dezernent-